

Musterprüfung (90 Minuten)  
Vorlesung Schweizer Politik

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Matrikelnummer: \_\_\_\_\_

Fakultät: \_\_\_\_\_ Semester: \_\_\_\_\_

Punkte: \_\_\_\_\_ bestanden: ☐ nicht bestanden: ☐

Die Klausur besteht aus **drei** Teilen:

Der **1. Teil** besteht aus **Multiple Choice Fragen**. Bitte kreuzen Sie die richtigen Teilantworten an. Es können eine oder mehrere Teilantworten richtig sein. Jede richtige Teilantwort gibt 1 Punkt, jede falsche Teilantwort -1 Punkt, wenn nichts angekreuzt wird gibt es 0 Punkte.

Den **2. Teil** bilden **Kurzfragen**. Diese sind kurz und stichwortartig zu beantworten. Es werden nur die Antworten korrigiert, welche in dem dafür vorgesehenen Platz stehen.

Der **3. Teil** der Klausur besteht aus einem **Essay**. Es stehen drei Themen zur Auswahl, von denen Sie eines auf maximal 1½ Seiten diskutieren. Der Text muss im dafür vorgesehenen Rahmen verfasst sein.

Die beigelegten leeren Blätter *und nur diese* dürfen Sie dazu verwenden, sich Notizen zu machen.

Sämtliche ausgeteilten Blätter müssen abgegeben werden.

**Organisatorische Hinweise für schriftliche Prüfungen**

- Handys dürfen nicht an den Arbeitsplatz genommen werden und müssen zudem während der Prüfung ausgeschaltet sein. Die Prüfungsaufsicht behält sich vor, Taschen zu öffnen und Handys auszuschalten.
- Sämtliche für die Prüfung notwendigen Unterlagen werden Ihnen vor Ort ausgehändigt. Sie **dürfen lediglich Schreibutensilien an Ihren Sitzplatz mitnehmen**. Als Ausnahme gilt ein **zweisprachiges Wörterbuch für fremdsprachige Studierende**.
- Es ist unzulässig, während einer Klausur andere als die zugelassenen Hilfsmittel zu verwenden, mit anderen Personen Informationen auszutauschen oder absichtlich die Ruhe im Saal zu stören.
- Während der Prüfungen sind das Sprechen, Rauchen und Essen sowie das Verlassen des zugewiesenen Sitzplatzes untersagt. Wer sich zur Toilette begeben muss, darf den Saal verlassen, muss aber die Aufsichtsperson informieren.
- Im Weiteren gelten die Bestimmungen der **Studien- und Prüfungsordnung** und der **Wegleitung** hierzu.
- Prüfungen dürfen bis 15 Minuten vor dem offiziellen Prüfungsende vorzeitig abgegeben werden; der Prüfungssaal ist umgehend zu verlassen. In den letzten 15 Minuten der offiziellen Prüfungszeit können Prüfungen nicht mehr vorzeitig abgegeben werden und der Raum darf nicht mehr verlassen werden.

**Viel Glück!**

# A

<b>Frage 1</b>	<b>Zu den vertikalen Institutionen des Föderalismus gehören ...</b>		
	a) die Standesinitiative, das Kantonsreferendum, der Ständerat und das Vernehmlassungsverfahren. b) der Ständerat, die Standesinitiative, das Konkordat und das Kantonsreferendum. c) der Ständerat, das Ständemehr, die Finanzdirektorenkonferenz, die Expertenkommissionen und das Parteiensystem.	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/>	

a

<b>Frage 2</b>	<b>Das Postulat...</b>		
	a) beauftragt den Bundesrat <i>verbindlich</i> , den Entwurf zu einem Gesetz oder einem Bundesbeschluss vorzulegen. b) verlangt vom Bundesrat eine <i>Auskunft</i> über Angelegenheiten des Bundes. c) beauftragt den Bundesrat, zu <i>prüfen</i> , ob ein Gesetzes- oder Beschlussentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen sei.	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/>	

<b>Frage 3</b>	<b>Welche der folgenden Aussagen trifft/treffen für das Kollegialitätsprinzip des Bundesrates zu?</b>		
	a) Mit dem Kollegialitätsprinzip werden die Regierungsmitglieder zu einer Handlungseinheit und zur gemeinschaftlichen Geschäftserledigung verbunden. b) Das Kollegialitätsprinzip ermöglicht die Vertretung aller Landesteile in der Regierung unter Verzicht auf die Heraushebung einer Sprache oder Region, die ein Regierungschef vertritt. c) Das Kollegialitätsprinzip ist eine zwingende Bedingung für die politische Konkordanz in der Schweiz.	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/>	

<b>Frage 4</b>	<b>Welche der folgenden Aussagen trifft/treffen für die direkte Demokratie zu?</b>		
	a) Der Wert der direkten Demokratie liegt in der repräsentativen Wiedergabe des Volkswillens. b) Der Wert der direkten Demokratie liegt in der Legitimation des Verfahrens. c) Der Wert der direkten Demokratie liegt in der regelmässigen Partizipation einer Mehrheit der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen.	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/>	

A

<b>Frage 5</b>	<b>Das «paradox of voting» besagt, ...</b>		
	a) dass es für einen rationalen Nutzenmaximierer angesichts der Bedeutungslosigkeit seiner Stimme immer irrational sei, sich an einer nationalen Abstimmung zu beteiligen.	a)	<input type="checkbox"/>
	b) dass Wahlabstinenz mit sozialen Sanktionen bestraft werde und es damit rational sei, sich an einer Abstimmung oder Wahl zu beteiligen.	b)	<input type="checkbox"/>
	c) dass Individuen generell ihre Stimmkraft überschätzen («rationale Narren» seien) und deshalb gleichwohl an Abstimmungen teilnehmen, obwohl die Kosten einer Teilnahme höher sind als der realistischerweise zu erwartende Nutzen.	c)	<input type="checkbox"/>
<b>Frage 6</b>	<b>In welchem/welchen Kanton/en herrscht Stimmpflicht?</b>		
	a) Appenzell-Innerrhoden	a)	<input type="checkbox"/>
	b) Schaffhausen	b)	<input type="checkbox"/>
	c) Zürich	c)	<input type="checkbox"/>
	d) Luzern	d)	<input type="checkbox"/>
<b>Frage 7</b>	<b>Die Kompetenzvermutung zugunsten der Kantone (Art. 3 Bundesverfassung) hat zur Folge, ...</b>		
	a) dass neu anfallende Staatsaufgaben automatisch in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fallen.	a)	<input type="checkbox"/>
	b) dass neue Bundeskompetenzen stets einer Verfassungsänderung bedürfen.	b)	<input type="checkbox"/>
	c) dass Gemeinden das Recht zum Erlass eigener Rechtsnormen nur insoweit haben, als das kantonale Recht für den jeweiligen Sachbereich keine abschliessende Ordnung erlässt.	c)	<input type="checkbox"/>
<b>Frage 8</b>	<b>Was unterscheidet das schweizerische politische System unter anderem von parlamentarischen Regierungssystemen?</b>		
	a) Der Umstand, dass der Bundesrat vom Parlament gewählt wird.	a)	<input type="checkbox"/>
	b) Der Umstand, dass der Bundesrat während seiner Amtsdauer nicht abberufen (oder: durch ein Misstrauensvotum zu Fall gebracht) werden kann.	b)	<input type="checkbox"/>
	c) Der Umstand, dass es neben der Volksvertretung (Nationalrat) noch eine Länderkammer (Ständerat) gibt.	c)	<input type="checkbox"/>
	d) Der Umstand, dass es keine hohe Fraktionsdisziplin gibt.	d)	<input type="checkbox"/>

A

<b>Frage 9</b>	<b>Welche der folgenden Antworten ist/sind gemäss Linder <i>keine</i> Funktion sozialer Bewegungen?</b>		
	a) Mobilisierungsfunktion (Mobilisierung neuer Tendenzen)	a)	<input type="checkbox"/>
	b) Sozialisierungsfunktion (Sozialisierung zum aktiven Bürger bzw. Bürgerin)	b)	<input type="checkbox"/>
	c) Repräsentationsfunktion (Repräsentation aller gesellschaftlicher Gruppen)	c)	<input type="checkbox"/>
	d) Korrektivfunktion (Setzen von gering organisierten und nicht konfliktfähigen Problemen auf die politische Agenda)	d)	<input type="checkbox"/>
<b>Frage 10</b>	<b>Die Kantonsregierungen werden im Gegensatz zur Bundesregierung ... gewählt.</b>		
	a) vom Volk	a)	<input type="checkbox"/>
	b) vom Parlament	b)	<input type="checkbox"/>
	c) von Wahlmännern (Elektoren)	c)	<input type="checkbox"/>
	d) vom Ständerat	d)	<input type="checkbox"/>
<b>Frage 11</b>	<b>Mitgliederparteien...</b>		
	a) messen der Parteibürokratie eine zentrale Rolle zu.	a)	<input type="checkbox"/>
	b) stellen politische Themen („issues“) ins Zentrum.	b)	<input type="checkbox"/>
	c) sind <i>keine</i> „catch all parties“.	c)	<input type="checkbox"/>
	d) sind eine schweizerische Eigenart.	d)	<input type="checkbox"/>
<b>Frage 12</b>	<b>Das Schweizer Parlament...</b>		
	a) entspricht dem Typ des Redeparlaments, darum wird auch vom „Forum der Nation“ gesprochen.	a)	<input type="checkbox"/>
	b) ist ein Arbeitsparlament.	b)	<input type="checkbox"/>
	c) hat in den letzten Jahren gegenüber der Regierung an Einfluss gewonnen.	c)	<input type="checkbox"/>
	d) hat eine Gesetzgebungsfunktion.	d)	<input type="checkbox"/>
<b>Frage 13</b>	<b>Konkordanz...</b>		
	a) bedeutet mehr als die Vertretung der stärksten politischen Parteien im Bundesrat.	a)	<input type="checkbox"/>
	b) bedeutet Konzentration der Macht auf die stärksten Parteien.	b)	<input type="checkbox"/>
	c) bedeutet Machtteilung durch Föderalismus, Korporatismus und Bipolarität.	c)	<input type="checkbox"/>
	d) ist nicht kompatibel mit der Europäischen Union.	d)	<input type="checkbox"/>

# A

<b>Frage 14</b>	<b>Welche der folgenden Aussagen trifft/treffen für die Bundesverwaltung zu?</b>		
	a) Die Bundesverwaltung besteht aus sieben Departementen, der Bundeskanzlei und dem Bundesgericht. b) Die Heterogenität der Departemente belastet das Bundesratskollegium zusätzlich. c) Die relativ weitgehende Hierarchisierung der Bundesverwaltung ist zum Teil Ergebnis der Begrenzung der Zahl der Regierungsmitglieder. d) Die wichtigen Entscheidungen durchlaufen drei interne Vorverfahren (Vernehmlassungsverfahren, Ebene der Ämter, Ebene der Departemente).	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/> d) <input type="checkbox"/>	

<b>Frage 15</b>	<b>Welche der folgenden Aussagen trifft/treffen für die Bundesverwaltung zu? Die Verantwortlichen öffentlicher Verwaltungen wählen ...</b>		
	a) nur jene Strategie, welche ihnen persönlich am meisten nützt. b) oft jene Strategie, welche am besten den historisch-kulturell überlieferten Lösungsmustern entspricht. c) vielfach jene Strategie, welche am besten den Erwartungen des politischen Umfelds entspricht. d) immer bewusst eine Strategie.	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/> d) <input type="checkbox"/>	

<b>Frage 16</b>	<b>Die Vernehmlassung ist ein Verfahren, das in welcher/n Phase/n des politischen Entscheidungsprozesses zum Zuge kommt?</b>		
	a) Vorparlamentarische Phase b) Parlamentarische Phase c) Nachparlamentarische Phase d) sowohl in der vorparlamentarischen als auch in der parlamentarischen Phase	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/> d) <input type="checkbox"/>	

<b>Frage 17</b>	<b>Welche der folgenden Aussagen trifft/treffen auf den Ständerat zu?</b>		
	a) Die Mitglieder des Ständerats sind an die Weisungen der Kantonsregierungen gebunden. b) Der Ständerat setzt nach der Reform des Kommissionensystems ebenso wie der Nationalrat 12 ständige Kommissionen ein (Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen sowie 10 Legislativkommissionen). c) Der Ständerat hat dieselben Kompetenzen wie der Nationalrat. d) Der Ständerat wird seit 1993 von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) gewählt.	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/> d) <input type="checkbox"/>	

A

<b>Frage 18</b>	<b>Welche der folgenden Aussagen zum Kollegialitätsprinzip trifft/treffen zu?</b>		
	a) Die Mitglieder des Bundesrats dürfen in Angelegenheiten ihres eigenen Departements nicht überstimmt werden. b) Es gibt weder auf Bundes- noch auf Kantonsebene formelle Kollegialitätsregeln. c) Der Bundesrat entscheidet mit Stimmenmehrheit. d) Um gültig verhandeln zu können, müssen alle Mitglieder des Bundesrates anwesend sein.	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/> d) <input type="checkbox"/>	

<b>Frage 19</b>	<b>Welche der folgenden Aussagen zum Thema Föderalismus ist/sind korrekt?</b>		
	a) Das Mittel der Bundesexekution wurde schon verschiedentlich angewendet. b) Die Kantone sind im Sinne des Völkerrechts souveräne Staaten. c) Die formelle „Kodezision“ von Bund und Kantonen hat die Schweiz in die „Politikverflechtungsfalle“ geführt. d) Im System des Vollzugsföderalismus verzichtet der Bund fast vollständig auf einen eigenen Vollzugsapparat. Er ist für die Umsetzung seiner Programme auf die kantonalen Verwaltungen angewiesen.	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/> d) <input type="checkbox"/>	

<b>Frage 20</b>	<b>Das Referendum...</b>		
	a) schränkt die Kompetenzen der Kantone ein und fördert die Zentralisierung des Bundesstaates. b) versieht politische Entscheidungen mit Legitimation. c) fördert die gesellschaftliche Innovation. d) hat eine konsensbildende Funktion, da eine Zustimmung der Mehrheit der Kantone notwendig ist.	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/> d) <input type="checkbox"/>	

<b>Frage 21</b>	<b>Welche der folgenden Aussagen zum Vollzugskomplex trifft/treffen zu?</b>		
	a) Der Vollzug ist immer Sache der Kantone. b) Hoher Bundeskonsens bei tiefem Konsens der Kantone führt zu Instrumentalisierung der Bundesziele. c) Tiefer Konsens bei Bund und Kantonen führt zu geringer Umsetzung. d) In der Vollzugsphase entscheidet sich der Erfolg oder Misserfolg einer Politik.	a) <input type="checkbox"/> b) <input type="checkbox"/> c) <input type="checkbox"/> d) <input type="checkbox"/>	

A

**Teil II      Kurzfragen**

<b>Frage a</b>	<b>Erläutern Sie zwei Gründe, wieso das Frauenstimmrecht in der Schweiz erst relativ spät eingeführt wurde.</b>
Antwort (2 Pkt.)	

<b>Frage b</b>	<b>Erläutern Sie vier Ziele von Reformen der Regierung in den letzten Jahren.</b>
Antwort (4 Pkt.)	

<b>Frage c</b>	<b>Warum behauptet Linder, dass die entscheidende Mehrheit bei Volksabstimmungen weniger als 20 Prozent der Bevölkerung umfasst?</b>
Antwort (3 Pkt.)	

<b>Frage d</b>	<b>Nennen Sie vier Elemente der Konkordanz in der Schweiz!</b>
Antwort (4 Pkt.)	

<b>Frage e</b>	<b>Nennen Sie vier Argumente, welche Gegner der direkten Demokratie vorbringen!</b>
Antwort (4 Pkt.)	

A

<b>Frage f</b>	Zählen sie drei wesentliche Neuerungen auf, welche die Bundesstaatsgründung von 1848 mit sich brachte?
Antwort (3 Pkt.)	

<b>Frage g</b>	Was versteht man im Zusammenhang mit dem Verhältnis von Justiz und Politik unter rechtlicher Mobilisierung?
Antwort (3 Pkt.)	

<b>Frage h</b>	Was sind die Probleme des horizontalen Föderalismus?
Antwort (3 Pkt.)	

<b>Frage i</b>	Nennen sie drei unterschiedliche Möglichkeiten föderalistische Systeme zu unterscheiden und positionieren sie jeweils die Situation in der Schweiz zur Unterstreichnung der zutreffenden Form.
Antwort (3 Pkt.)	

<b>Frage k</b>	Mit welchen Argumenten lassen sich Wahlprognosen mittels standardisierter Bevölkerungsbefragungen (Wahlbarometer) kritisieren.
Antwort (3 Pkt.)	



# A

## Teil III      Essay

**Vorbemerkung:** Wählen Sie **eines** der drei Themen und behandeln Sie in möglichst knapper Form (max. 1½ Seite) das gewählte Thema. Nur der Text innerhalb des dafür vorgesehenen Rahmens wird bewertet.

Antwort (20 Pkt.)      **Erstes Thema:** Vergleichen Sie den Föderalismus in der Schweiz und in Deutschland.

**Zweites Thema:** Sollte die Schweiz Mitglieder der EU werden wollen, müsste Sie auf die Volksinitiative und das Referendum verzichten? Wie argumentieren verschiedenen Positionen zu dieser Frage?

**Drittes Thema:** Die Ablösung des Politikstils der Konkordanz durch den Stil der Mehrheitspolitik würde bedeutend mehr erfordern als den Hinauswurf einer Partei aus dem Bundesrat. Was und warum?

# A

## Lösungen

### Multiple Choice

1. a)
2. c)
3. a) und b)
4. b)
5. a)
6. b)
7. b)
8. b) und d)
9. c)
10. a)
11. a) und c)
12. b) und d)
13. a)
14. c)
15. b) und c)
16. a)
17. b) und c)
18. c)
19. d)
20. b)
21. c) und d)

### Kurzfrage

a) Direkte Demokratie: Zur Entscheidung waren nur Männer stimmberechtigt – kein Vorteil des Frauenstimmrechts für Männer; In parlamentarischem System kann sich Partei mit Anliegen profilieren

b) Stärkung der politischen Führung; Stärkung des Handlungsspielraums und der Fachkompetenz der Regierung; Regierungskapazitäten im Aussenbereich sollen verstärkt werden; Führungsanspruch der Regierung gegenüber der Verwaltung sicherstellen

c) 1. rund 65% der Bevölkerung sind stimmberechtigt (Rest Ausländer); 2. rund 40% der Stimmberechtigten nehmen an Abstimmungen teil; 3. ein Ja-Anteil von 50% reicht: Also:  $65\% \cdot 40\% \cdot 50\% = 13\%$

d) eine parteipolitisch breit abgestützte Regierung, eine Machtbalance zwischen Regierung und Parlament, ein Mehrparteiensystem, das Verhältniswahlrecht, ein korporatistisches Interessengruppensystem, Föderalismus, ein Zweikammersystem, das qualifizierte Mehr für Verfassungsänderungen, eine unabhängige Zentralbank.

e) Es geht nicht darum, wie klug und verantwortungsbewusst das Volk ist. Es geht um die Komplexität der Sachprobleme/ Parlamentarische Beratung führt in der Regel zu erheblichen Verbesserungen des ursprünglichen Entwurfs/ Die repräsentative Demokratie insgesamt erstrebt ja rechtlichen Fortschritt und will auf dem Erreichten aufbauen. Für das plebiszitäre Demokratiekonzept hingegen ist der jeweils aktuelle Volks-wille massgeblich./ In der direkten Demokratie können vom Volk nicht gewählte Redaktionen und TV-Moderatoren durch Themenakzentuierung und Auswahl der Diskussionsteilnehmer den Volksentscheid stark beeinflussen. / Direkte Demokratie bewirkt automatisch eine Abwertung des Parlaments und kann Populismus und Polemik fördern. /Direkte Demokratie gefährdet Minderheiten mehr als eine rein repräsentative Demokratie.

# A

f) Vom Staatenbund zum Bundesstaat, an welchen Kantonen einen Teil ihrer Hoheitsrechte abgeben, Aufgabenteilung zwischen Kantonen und Bund, Prinzip des Föderalismus, Einrichtung einer demokratischen Grundordnung, Beseitigung von Binnenzöllen

g) Nutzung des Rechts (im Sinne von legal mobilization) durch soziale Bewegungsorganisationen und Gewerkschaften, um politische Anliegen durchzusetzen (z.B. Lohngleichheitsprozesse)

h) Demokratiedefizit, da in den Entscheidungsgremien nur Exekutivpolitiker sitzen; Intransparenz angesichts der grossen Zahl von Vereinbarungen mit unterschiedlichen Partnerkantonen, Mangelnde Durchsetzbarkeit von Vereinbarungen (z.B. Harnos)

i) unitarisch vs. dezentral; dual vs. kooperativ; symmetrisch vs. asymmetrisch; konkurrenzierend vs. solidarisch

k) Messung Wahlabsichten, Messung einer aktuellen politischen Stimmung, Stichprobenfehler, Ergebnisse kontextabhängig, Kosten, Frei-willige Teilnahme, Institutshandschrift.

## Essay

Erstes Thema: Vergleichen Sie den Föderalismus in der Schweiz und in Deutschland. (Folien)

Zweites Thema: Sollte die Schweiz Mitglieder der EU werden wollen, müsste Sie auf die Volksinitiative und das Referendum verzichten? Wie argumentieren verschiedenen Positionen zu dieser Frage? (Folien)

Drittes Thema: Die Ablösung des Politikstils der Konkordanz durch den Stil der Mehrheitspolitik würde bedeutend mehr erfordern als den Hinauswurf einer Partei aus dem Bundesrat. Was und warum? (Linder 353)